WP-6-237 Kapitel 6: Berlin funktioniert zuverlässig

Antragsteller*in: LAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 12.01.2026

Änderungsantrag zu WP-6

Von Zeile 236 bis 237 einfügen:
Kriseninterventionsteams ein, um insbesondere auf Einsatzlagen mit psychosozialen Herausforderungen besser reagieren zu können.

Den Berliner Bevölkerungsschutz fit für die Zukunft machen.

Zwei Anschläge auf unser Stromnetz in den letzten 12 Monaten mit tagelangen, großflächigen Stromausfällen haben gezeigt, dass die kritische Infrastruktur nicht ausreichend geschützt ist. Mögliche Katastrophen, wie extreme Hitze, eine Pandemie oder Überflutungen durch Starkregen bringen den Katastrophenschutz aber auch andere Institutionen wie Krankenhäuser erst recht an ihre Grenzen. Der Bevölkerungsschutz in Berlin und eine Vorbereitung auf mögliche Krisen wurde jahrelang vernachlässigt mit der Folge, dass die Vernetzung zwischen den Behörden nicht reibungslos funktioniert, es an einer gesamtstädtischen Notfallplanung und Steuerung sowie Vollzeitstellen inklusive Fachpersonal fehlt sowie dass es nicht ausreichend Geld für physische Vorsorge (Notstromaggregate, Feldbetten und co.) gibt. An der umfassenden Beübung der Notfallplanungen hapert es ebenso. Das kann im schlimmsten Fall Menschenleben kosten. Der schwarz-rote Senat hat es versäumt, eine ineinandergreifende Struktur und Koordination der Katastrophenschutzbehörden in Land und Bezirken zu schaffen. Der Rechnungshof hat festgestellt, dass so ein System organisierter Unzuständigkeit entstanden ist. In der Praxis sieht dies so aus, dass die Bezirke kaum Sachmittel haben oder einheitliche Standards zur Bewältigung von Krisen vorliegen. Um in der nächsten Krise handlungsfähig zu sein, braucht es eine ehrliche und kritische Evaluation vorangegangener Krisenbewältigungen und eine gezielte Vorsorgeplanung. Wir werden klare Zuständigkeiten und Abläufe sowie eine zentrale Koordinierungsstruktur schaffen, damit im Falle einer Großschadenslage oder im Katastrophenfall alle wissen, wer was, wann tun muss. Wir werden das Katastrophenschutzgesetz überarbeiten und neben dem Katastrophenfall und der Großschadenslage den „Krisenfall“ ergänzen, der in temporären oder örtlich begrenzten Einsatzlagen greift. Auch sind funktionierende Krisenstabsstrukturen in allen Katastrophenschutzbehörden vorzuhalten, welche in Einsatzlagen von Anfang eingesetzt werden können. Dies ist entscheidend dafür, wie gut eine Lage bewältigt werden kann. Wir wollen die wichtige Arbeit der Hilfsorganisationen noch besser unterstützen. Der Ernstfall muss kontinuierlich vorbereitet und regelmäßig geübt werden. Auch die Bevölkerung muss auf mögliche Krisenfälle vorbereitet werden. Außerdem müssen wir den Schutz unserer kritischen Infrastruktur systematisch und umfassend mit Blick auf Bedrohungslagen analysieren und die notwendigen Absicherungs- und Anpassungen schnellstmöglich vornehmen.

Begründung

Um akute Krisen zu bewältigen, ist der Bevölkerungs- und Katastrophenschutz zentral. Die mit diesen Aufgaben des betrauten Beamt*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen leisten vor allem in Krisen-/ Großschadenslagen eine enorme Arbeit für die Gesellschaft. Gleichzeitig helfen Menschen in Krisen vielfach ehrenamtlich und es gibt zahlreiche Hilfsorganisationen. Um ihre Aufgaben auch künftig erfüllen zu können, müssen diese Institutionen entsprechend weiterentwickelt werden. Dies muss sowohl mit Blick auf die steigende

Intensität und Frequenz von Unwettern, möglichen Anschlagsszenarien als auch auf die veränderten klimatischen Verhältnisse erfolgen.

Aktuell ist Berlin für die Großschadenslage oder den Katastrophenfall nicht ausreichend gewappnet. Der Katastrophenschutz ist in Berlin vom Senat defizitär organisert. Wir haben zu wenige Stellen in den Bezirken für den Katastrophenschutz, unzureichende Vernetzung zwischen den Katastrophenschutzbehörden, keine klaren Abläufe und Zuständigkeiten Anlaufstellen im Katastrophenfall sind nicht ansatzweise ausreichend ausgestattet. Zudem finden viel zu wenig Übungen statt, um Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf den Ernstfall vorzubereiten; die wenigen durchgeführten Übungen offenbaren gravierende Defizite - wie etwa bei dem simulierten Chemieunfall, zu dem keine Rettungskräfte kamen. Auch muss dringend die Zusammenarbeit zwischen Landesbehörden und Bezirken verbessert werden, da Großschadenslagen nur gemeinsam gemeistert werden können. Dies wurde jüngst bei den beiden Anschlägen auf unser Stromnetz deutlich. Dabei muss vor Allem berücksichtigt werden, dass uns Krisen und Katastrophen deutlich härter treffen können als die jüngsten Anschläge auf die Stromversorgung und in vielfältiger Hinsicht ein Handlungsbedarf besteht.